Politik ohne Wähler?

Autor(en): **Vollmer, Peter**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **66 (1987)**

Heft 12

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Politik ohne Wähler?

Von Peter Vollmer, Vizepräsident der SPS, Bern

Der Wählereinbruch bei den vergangenen Nationalratswahlen lässt sich durch keine wahlarithmetischen Interpretationskünste aus der Welt schaffen. Das seit Einführung des Proporzwahlsystems schlechteste Ergebnis der SP hat innerhalb der Partei nicht zuletzt so schockiert, weil uns alle Umfragen und Meinungsmacher mit Sicherheit nicht bei den Verlierern erwartet haben. Die ersten Stellungnahmen zeugten denn auch zurecht von einer gewissen Ratlosigkeit mit Ausnahme derjenigen einiger bekannter Oberwisser und Konfliktstrategen, denen jede gebotene Medienplattform gelegen kommt, sich in unheiliger Allianz gegen die heutige Parteileitung stark zu machen. Wer glaubt bereits in der Wahlnacht die Ursachen bei ein paar Köpfen gefunden zu haben, macht sich die Sache allzu leicht. Den folgenden Ausführungen kann auch erst der Charakter erster Überlegungen zukommen; nur vertiefte Analysen und Gespräche mit allen Parteikreisen wie mit aussenstehenden Beobachtern werden eine taugliche Basis für richtiges Handeln abgeben können.

Nur Widersprüche?

Wer die Ausgangslage, Wahlkämpfe und Ergebnisse in einzelnen Kantonen in einen Zusammenhang zu bringen versucht, muss sich vor allzu naheliegenden Verlockungen bezüglich Verlustursachen hüten. Die fehlende Ständeratskandidatur im Kanton Zürich mag sich zweifellos auf die Mobilisierung negativ ausgewirkt haben; in Kantonen mit profilierten Ständeratskandidaturen (z.B. Thurgau und Bern) sind die Gesamtergebnisse nicht grundlegend anders. Dort wo der Wahlkampf vornehmlich mit Sachargumenten der Partei und weniger mit «Kopfpropaganda» geführt wurde, dort wo die Kandidaten mehr «auf der Strasse» als nur in Partei- und Gewerkschaftskreisen anzutreffen waren, dort wo nur Bisherige die Sitze beanspruchten und nicht Neue sich um freigewordene Sitze konkurrenzierten: die Wählereinbrüche sind überall unverändert deutlich. Die erwähnten und viele andere Wahlkampfelemente dürfen sicher nicht vernachlässigt werden. Zur Erklärung der Ergebnisse taugen sie im Quervergleich unter den Kantonen aber wenig. Soweit der unmittelbare Wahlkampf von SPS-Seite mitgeprägt wurde – über die programmatischen Aussagen wird noch zu sprechen sein – wurde jedenfalls vor dem Urnengang von keiner Seite wirkliche Kritik geübt. Die Zusammenarbeit mit der Fraktion, mit den Gewerkschaften, der Parteitag mit der Rede Willy Brandts als Höhepunkt, das SPS-Wahlhandbuch, die grafischen-visuellen Grundlagenmaterialien, die Parteipräsentation in den elektronischen Medien, die letzten öffentlichen Ereignisse wie die Vorschläge zur AHV-Revision und zur 2. Säule, die Bodenpreisaktion, die Einreichung der Ausstiegsinitiative, um nur einige Ereignisse herauszugreifen, all das wurde allseits als optimale Wahlkampfbeiträge gewürdigt. Stichhaltigere Erklärungsursachen müssen mit Sicherheit in der grundlegenden Situation der SP innerhalb des schweizerischen gesellschaftlichen und politischen System gefunden werden.

Soziologischer Wandel

Die Umschichtungen in der schweizerischen Bevölkerung sind seit etlichen Jahren spürbar. Der markante und noch zunehmende Rückgang der traditionellen Arbeiterklasse – teilweise erst noch mit politisch rechtlosen Ausländern ersetzt –, die gleichzeitige Ausdehnung des Dienstleistungssektors, akzentuiert durch das atemraubende Wachstum neuer Branchen im Bereich der neuen Technologien muss sich zwangsläufig im sozialen und damit politischen Bewusstsein abbilden. Die Lockerung sozialer Einordnung durch neue Mobilitäten, der Herausbildung des sog. Agglomerationsbewohners, bildungs- und kulturpolitische Ausweitungen bisheriger Privilegien, Erscheinungen eines individualisierten Massenkonsums mit entsprechender Medienkonsumanonymität, massive Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung, Bedeutungsverlust der Familie als soziale Existenzgrundlage, veränderte Stellung der Frau im Arbeits- und Familienleben sind Beispiele der damit verbundenen Änderungen im Sekundärbereich. Hätte sich die Sozialdemokratie nicht schon lange auf die neuen gesellschaftlichen Umstände eingestellt und sich wie in der Vergangenheit im wesentlichen ein-

zig auf die sozialen und politischen Vorfeldorganisationen (Gewerkschaften und Arbeiterkultur- und Sportbewegung, Konsumgenossenschaften u.a.m.) abgestützt, wäre sie politisch längst völlig marginalisiert worden. Man muss im Gegenteil feststellen, dass sie diese soziologischen Veränderungen bisher noch relativ gut auffangen konnte. Gerade die vielbeschworenen neuen Mittelschichten wurden massiv ins Parteileben integriert. Ein Prozess, der abgesehen vom öffentlichen Dienst, bei den Gewerkschaften noch aussteht.

Partei und Fraktion

Abgesehen von den obenerwähnten Umschichtungen und der «Zersplitterung» der sozialen Basis und damit auch der politischen Programmatik entscheidet sich das «wählerpolitische Erscheinungsbild» insbesondere am sichtbaren Durchsetzungswillen oder anders und verkürzt ausgedrückt an der Glaubwürdigkeit im praktischen Handeln. Machen wir uns nichts vor: die Zerrissenheit war trotz dem äusserst positiven Abschneiden in den Leistungsbilanzen ein augenfälliges Merkmal der eidg. Fraktion. Parteikonflikte, die ihre Ursache in der Regel nur verdeckt in den politischen Haltungen haben, dafür um so öffentlicher auf der personalpolitischen Ebene ausgetragen werden, schaffen sicher nicht die notwendigen Vertrauensgrundlagen. Alle Wahlforschungen belegen, dass es infolge der soziologischen Wandlungen immer weniger sogenannte Stammwähler geben kann, die Parteiwahl also immer neu erarbeitet werden muss. Da ist es nicht abwegig, den Glaubwürdigkeitsrissen im Laufe der Legislatur für die Wahlen vermehrte Bedeutung zuzumessen. Die Schwierigkeiten der Partei mit der Art und Weise, wie sie gezwungen wird, ihre Regierungsbeteiligung wahrzunehmen, macht es ihr für die Wählergunst auch nicht einfacher! Die bereits erwähnten Leistungsbilanzen (Sozial-, Umwelt- und Demokratietarif) wie die im Wahlkampf gesetzten roten und grünen Schwerpunkte erweisen sich bei näherer Betrachtung dennoch als ungleichgewichtig. Wenn es gelungen ist, im Bereich der Umweltpolitik tatsächlich neue Perspektiven einer anderen Politik aufzuzeigen und auch – z.B. mit der Ausstiegsinitiative – in den politischen Prozess einzubringen, stecken die roten Bereiche noch allzu sehr im Traditionellen. Ansätze entsprechender Neuorientierungen, sei es in der Wirtschafts- oder Sozialpolitik, kommen in der Regel noch nicht aus denjenigen Zentren, wo diese Politik hauptsächlich formuliert wird. Sozialpolitische Schwächen – soweit sie überhaupt stichhaltig begründet werden können – als Ursachen eines in einigen Kantonen festgestellten schlechteren Abschneidens des Gewerkschaftsflügel der Partei vorzuwerfen, könnte sich gerade als Schwäche der gewerkschaftlichen Programmatik entpuppen, wofür die Partei jetzt den Preis mit Einbussen zu bezahlen hat.

Neue Parteikonkurrenz

Die für die Wahlberechtigten immer unübersichtlichere Parteien- und Listenvielfalt drückt den SP-Wähleranteil in zweifacher Weise: Zum einen sind Zusammenhänge mit der zunehmenden Wahlabstinenz zu vermuten, zum anderen werden mit Sicherheit potentielle SP-Wähler absorbiert. Auch durch die NA und die Autopartei! Davon auszugehen, mit politischen Taktiken sei die durch das schweizerische politische System begünstigte Parteienauffächerung einseitig zu korrigieren, wäre allzu vermessen. Auffallend im Vergleich der verschiedenen Kantone ist der praktisch dem SP-Ergebnis entsprechende Zuwachs kleinerer Oppositionsparteien. Die politische Zukunftsfrage für die SP könnte demgegenüber höchstens darin bestehen, sich als wichtigste Oppositionskraft gegenüber dem Bürgerblock zu stärken. Anstatt nur den Anteil am heutigen «Oppositionskuchen» wieder zu ihren Gunsten zu verschieben, müsste die Grenzlinie zwischen den Blökken durch die SP zu ihren Gunsten verändert werden.

SP-Zukunft

Dem programmatisch-inhaltlichen Kurs konnten bisher, abgesehen von der Verlockung kurzfristiger Opportunisten, keine Alternativen entgegengestellt werden. Hingegen sind zweifellos organisationspolitische Anpassungen fällig. Damit muss für die Zukunft besser gewährleistet werden, dass die SP-Politik besser durch- und beim möglichen Wähler ankommt. Die homogenere Zusammensetzung der neuen eidgenössischen Fraktion ist dazu – allen Verlusten zum Trotz – eine gute Ausgangschance. Die SP wird sich vermehrt wieder als Partei profilieren müssen, die sich mit neuen Lösungsideen den neuen Herausforderungen auch wirklich zu stellen bereit ist. Das Hundertjahr-Jubiläum der SPS könnte dabei nach aussen die Zäsur des Aufbruchs in die neunziger Jahre markieren. Die menschengerechte Gesellschaft als Zielsetzung des demokratischen Sozialismus, wie sie im Programm von Lugano bezüglich Betroffenheit, Grundsätzen und Arbeitsformen umschrieben wurde, braucht indessen keine Korrekturen!